



Foto: Helmut Weber und Sabine Bitter

Venezuela

Zwei Jahre nach dem rechten Putschversuch - Solidarität mit Basisorganisationen und Regierung Chávez

In Venezuela finden seit 1998 tiefgreifende Veränderungen statt. Die BewohnerInnen von Armenvierteln organisieren sich in Stadtteilversammlungen und entscheiden über den öffentlichen Haushalt mit. Auf dem Land besetzen Sin Tierras brachliegende Großgrundbesitz und erhalten bei der Gründung von Kooperativen staatliche Unterstützung. Ein neues Mediengesetz erleichtert die Gründung von alternativen Radio- und Fernsehstationen; staatliche Kultureinrichtungen stellen für solche Bürgerradios Geräte zur Verfügung. Mit der Gesundheitskampagne *Barrio Adentro* werden die Lebensbedingungen in den Slums verbessert. Die Regierung hat die Tobin-Steuer eingeführt, die lateinamerikanische Wirtschaftskooperation vertieft, sich den neoliberalen Freihandelskonzepten verweigert. Über die Verwendung der staatlichen Erdöl-Einnahmen wird erstmals seit 30 Jahren öffentlich debattiert. Arme Staaten des Südens beziehen venezolanisches Öl zum Vorzugspreis. Zudem sind die Rechte von Indigenen und Afro-Venezolanern ausgebaut worden.

Das sind die Veränderungen, die in den Medien als »linkspopulistisch« bezeichnet werden. Man muss die Regierung Chávez nicht verherrlichen – auch unter ihr gibt es Korruption und Borniertheit. Doch eines lässt sich nicht leugnen: Venezuela ist heute eines der wenigen Länder der Welt, in denen Alternativen zum Neoliberalismus erprobt werden. Und dieser Prozess wird – anders als in den Medien dargestellt – nicht nur von der Regierung, sondern von einer breiten Basisbewegung getragen: vom linken Gewerkschaftsverband UNT, selbstorganisierten Stadtteilkomitees, Bauernorganisationen, alternativen Medienprojekten ...

Die Regierung Chávez und ihre Politik sind seit 1998 sechs Wahlen und landesweiten Referenden unterworfen worden, sie hat alle gewonnen. Ihr entscheidendes Manko: Im Gegensatz zur bürgerlichen Opposition verfügen die Anhänger der Regierung kaum über eigene Medien.

Das venezolanische Experiment steht wie Chile 1973 unter massivem Druck von außen. 2002 hat die Opposition mit Hilfe Madrids und Washingtons zweimal versucht, Chávez mit Gewalt zu stürzen. In beiden Fällen scheiterte sie an der Mobilisierung der Bevölkerung und Teilen der Armee.

Ende 2003 hat die Rechtsopposition, die auch aus Deutschland (u.a. von der Konrad-Adenauer-Stiftung) unterstützt wird, nun ein Abwahlreferendum gegen Präsident Chávez gestartet. Die Oberste Wahlaufsichtsbehörde hat jedoch 400.000 (von 3,4 Millionen eingereichten Unterschriften) als ungültig gewertet (weil von Toten, Kindern oder Nicht-Wahlberechtigten unterzeichnet) und eine weitere Million Unterschriften als problematisch bezeichnet. Entgegen der im Vorfeld aufgestellten Richtlinien wurden eine Million Eintragungen offensichtlich von Wahlhelfern ausgefüllt. Damit ist nicht ersichtlich, ob die Unterschriften von den Organisatoren des Bürgerbegehrens gefälscht worden sind oder nicht. Ende März müssen eine Million Menschen nun in einem neuerlichen Verfahren bestätigen oder dementieren, ob die Unterschriften von ihnen stammen.

Internationale Medien haben diese Entscheidung als »autoritär« bezeichnet. Die Opposition hat gewalttätige Straßenschlachten provoziert. Als die Guardia Nacional dagegen vorgegangen ist, wurde dies als besondere Brutalität bezeichnet. Keine Rede davon, dass die Guardia Nacional im Unterschied zu früher keine Schusswaffen ein-

gesetzt hat und der Angriff eindeutig von den Rechten ausging. (Spitzenpolitiker von Christ- und Sozialdemokratie sind auf Fotos neben Vermummten zu sehen).

Offensichtlich herrscht nur dann Demokratie, wenn diejenigen regieren, die immer regieren, und mit ihrer Medienkontrolle dafür sorgen, alle vier Jahre im Amt bestätigt zu werden.

Wir rufen dazu auf, den venezolanischen Veränderungsprozess gegen den internationalen Druck zu verteidigen. In dem südamerikanischen Land werden heute zwei Dinge verhandelt, die weltweit von Bedeutung sind:

- In Venezuela gibt es Basisbewegungen und eine Regierung, die damit begonnen haben, Vorstellungen der Anti-Globalisierungsbewegung in die Praxis umzusetzen und Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus konkret zu machen.
- In Venezuela entscheidet sich, ob parlamentarische Wahlen von den Herrschenden einfach zur Farce gemacht werden können. Immer wieder haben v.a. US-Regierungen (aber auch ihre europäischen Verbündeten) dafür gesorgt, dass demokratisch gewählte Reformregierungen per Putsch, Mord und Entführung beseitigt wurden.

Das darf sich nicht länger wiederholen! In Venezuela findet ein wichtiges und von der Bevölkerung getragenes Experiment statt.

Am 11. April jährt sich der rechte, von Madrid und Washington unterstützte Putschversuch in Venezuela zum zweiten Mal. Zu diesem Anlass rufen wir zu Solidaritätsaktionen auf.

Keine Finanzierung putschistischer Gruppen durch Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, EU und Bundesregierung!

Für eine Alternative zur kapitalistischen Ausplünderung der Welt!

5. April 20.30 Uhr: Veranstaltung mit dem Film

»Eine andere Art ist möglich - in Venezuela«

Buchladen B-Books, Lübbenerstraße, Berlin

7. April 2004 17 Uhr: Kundgebung vor der EU-Vertretung, Unter den Linden 78, Berlin

ErstunterzeichnerInnen:

Kolumbienkampagne Berlin, Beatrix Sassermann (Betriebsrat Bayer-Wuppertal), Raul Zelik (Autor), Bildungsinitiative Brandenburg, Hermann Dierkes (stellv. Betriebsratsvorsitzender IG METALL), Günter Pohl (Lateinamerikakorrespondent), Dietrich Höper (Vorsitzender - Verband für Entwicklungspolitik Niedersachsen VEN), Christine Klissenbauer (Pax Christi Solidaritätsfonds Eine Welt), Prof. Erhard Scholz (GHS Wuppertal), Dr. Inno Rapphel (Chemiker, Halle), Internationales Solidaritätsnetzwerk (ISNRSI), Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL), Willy Eberle (Gewerkschaft GBI-Schweiz), Stefan Freudenberg (Student), Simón Ramírez Voltaire (Journalist), Ulrich Franz (Chemiekreis), Gerd-Peter Zieleszinski, (Betriebsrat und Stadtverordneter Wuppertal), Elmar Altvater (FU Berlin), Thomas Guthmann (Berlin), Dario Azzellini (Autor), Peter Kranz (Pfarrer), Heinz Stehr (DKP), Marco Tullney (Uni Marburg), Franz Segbers (Uni Marburg), Uwe Nischwitz (EineWeltHaus München), Angela Hidding (Betriebsrätin und IGMetall), Fritz Stahl (Rentner und IG Metall), Ulf Rassmann (Netzwerk Cuba), Zeitschrift Arranca, Frank Schwitalla (Netzwerk Cuba), Prof. Heinz Dieterich (Universität Mexiko D.F.), Barbara Köhler (Netzwerk Cuba), Organisierte Autonomie Nürnberg, Dr. Heiner Köhnen (TIE), 3.Welt-Forum Hannover, Arbeitskreis Lateinamerika Hannover, Almut Pape (Retnerin), Gottfried Heil (IG Metall Oberschwaben), Angela Klein (ISL), Hans-Günter Mull (Redaktion SoZ), Dieter Boris (Uni Marburg), Ralph Guariguata (Betriebsrat und Mitglied des Chemiekreises), Frank Deppe (Uni Marburg), Martin Glasenapp (Medico International), Bundesweite Initiative Libertad, Johannes M.Becker (Uni Marburg), ATTAC Hamburg - AG Frieden, AK Internationalismus IG Metall, Gruppe FeIS (Berlin)